

# Gemeinde Lindlar



# Der Bürgermeister

Gemeinde Lindlar – Der Bürgermeister – Borromäusstraße 1, 51789 Lindlar

An die Mitglieder des Haupt- und  
Finanzausschusses der Gemeinde Lindlar

Nachrichtlich  
An alle Ratsmitglieder

Auskunft erteilt: Katrin Hoffer  
Geschäftszei-  
chen:  
Zimmer Nr.: 400  
Telefondurch- (02266) 96 410  
wahl:  
Telefax: (02266) 96 7 410  
E-Mail: [katrin.hoffer@gemeinde-lindlar.de](mailto:katrin.hoffer@gemeinde-lindlar.de)  
Homepage: <http://www.lindlar.de>

Lindlar, den 03. Dezember 2010

## **Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 08.12.2010**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie angekündigt, reichen wir Ihnen in der Anlage die Sitzungsvorlage zu

**TOP 5:       Haushaltsplan 2011**  
**hier: Anfragen, Anträge und Anregungen zum Haushalt 2011**

nach.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

Katrin Hoffer  
Bürgermeister- und Ratsbüro

**Finanzen, Rechnungswesen,  
Controlling**

**Sitzungsvorlage**  
für die Sitzung des  
Haupt- und Finanzausschusses  
am 08.12.2010

- öffentliche Sitzung -

<b>TOP 05: Haushaltsplan 2011 hier: Anfragen, Anträge und Anregungen zum Haushalt 2011</b>
--

**Sachverhalt:**

Zu den Anfragen, Anträge und Anregungen der Fraktionen zum Haushalt 2011 nimmt die Verwaltung wie folgt Stellung:

Allgemein

- 1 Bündnis 90 Die Grünen Die neue Landesregierung hat einige Beschlüsse gefasst bzw. in Arbeit, die die Kommunen entlasten sollen. Welche Auswirkungen haben diese auf den Haushalt der Gemeinde Lindlar in 2010, 2011 und den Folgejahren? Steht die Gemeinde Lindlar nach diesen Beschlüsse besser da? Wenn ja, um wie viel Euro steht sie besser da?

Antwort Der Nachtragshaushalt des Landes NRW ist bis heute noch nicht beschlossen. Sollte der Nachtragshaushalt wie angekündigt beschlossen werden, erwartet die Verwaltung hieraus einen Einnahmeverbesserung von rd. 330.000 €. Nach Einschätzung der Verwaltung wird die Auszahlung erst in 2011 erfolgen.

Vorbericht

- 2 Bündnis 90 Die Grünen S. 22 ff Kennzahlen Warum werden die Kennzahlen nicht mit Kennzahlen anderer Kommunen bzw. Durchschnittszahlen in NRW im Rahmen eines Benchmarkings verglichen? Nur ein solcher Vergleich macht diese Kennzahlen interpretierbar.

Antwort Grundsätzlich ist die Verwaltung der Auffassung, dass Kennzahlen mit anderen Kommunen verglichen werden sollen. Es muss

jedoch festgestellt werden, dass andere Verwaltungen nur sehr wenige Kennzahlen ermittelt haben. Ein Vergleich ist zurzeit daher noch nicht sinnvoll/möglich. Im Übrigen würden diese Kennzahlenvergleiche nicht im Haushalt dargestellt werden, sondern in einem separaten Bericht.

- 3 SPD S. 29 ff Schlüsselzuweisungen  
Liegen zwischenzeitlich Prognosezahlen zu den in 2011 zu erwartenden Schlüsselzuweisungen vor?
- Antwort Die erste Proberechnung für die Schlüsselzuweisung und sonstigen Zuweisungen wird das Land NRW Ende Januar/Anfang Februar 2011 vorlegen. Eine Proberechnung ist zurzeit nicht möglich, da das Land NRW die Hauptansatzstaffeln eventuell für 2011 verändern möchte, so das Innenministerium.
- 4 SPD S. 29 ff Jugendamtsumlage  
Gibt es zwischenzeitlich neue Erkenntnisse zu einer möglichen Nutzung des Leerstandes im Krankenhauses Lindlar als Büroräumlichkeiten für ein eigenes Jugendamt?
- Antwort Die Verwaltung hat in dieser Angelegenheit vor wenigen Wochen nochmals mit der Geschäftsleitung des Krankenhauses Kontakt aufgenommen. Eine Prüfung wurde zugesagt, ein Angebot liegt noch nicht vor.
- 5 Bündnis 90 Die Grünen S. 29 ff Entwicklung des Eigenkapitals  
Wenn die Entwicklung sich nicht komplett umkehrt, ist es abzusehen, dass Lindlar über kurz oder lang sein Eigenkapital aufbrauchen wird. Was ist dann? Ein Unternehmen müsste Insolvenz anmelden. Was sind die Konsequenzen für Lindlar? Welche Möglichkeiten haben wir diese Konsequenzen abzuwenden?
- Antwort Das Eigenkapital beträgt nach der Finanzplanung zum 31.12.2014 noch 16 Mio. € (unter Berücksichtigung einer nochmals erhöhten Kreisumlage gemäß Veränderungsnachweis nur noch etwa 11 Mio.€). Unter unveränderten Bedingungen wäre dem Trend folgend in 2018 dann das Eigenkapitalverzehr vollständig aufgezehrt (Überschuldung). Da die Kommunen über die Landesverfassung abgesichert und verbürgt sind, kann nur gehofft werden, dass die Banken den Kommunen weiterhin zu den bisherigen Konditionen Kassenkredite gewähren. Im Falle der Überschuldung werden sich die Entscheidungsspielräume und Gestaltungsmöglichkeiten erneut drastisch verkleinert und die Aufsichtsbehörden noch deutlicher und unmittelbarer auch das laufende Geschäft bestimmen. Ohne eine grundlegende Änderung der finanziellen Rahmenbedingungen (Gemeindefinanzreform) – das zeigt auch der Blick auf die finanzielle Situation der übrigen Kommunen im Land – ist die kommunale Selbstverwaltung ohne Perspektive.
- 6 Bündnis 90 S. 29 ff Entwicklung des Eigenkapitals

- Die Grünen Wir erbitten weitergehende Erklärungen insbesondere:  
- Muss ab 2009 der Haushalt nicht nach § 74 (4) GO genehmigt werden?
- Antwort Gemäß § 75 Abs. 4 GO (nicht § 74 Abs. 4 GO) bedarf es der Genehmigung der Aufsichtsbehörde, wenn bei der Aufstellung der Haushaltssatzung eine Verringerung der allgemeinen Rücklage vorgesehen ist. Sie ist gemäß § 75 Abs. 4 Satz 4 GO mit der Verpflichtung zu verbinden, ein Haushaltssicherungskonzept nach § 76 aufzustellen, wenn die Voraussetzungen des § 76 Abs. 1 GO vorliegen. Entsprechend § 76 Abs. 1 GO hat die Gemeinde zur Sicherung ihrer dauerhaften Leistungsfähigkeit ein Haushaltssicherungskonzept aufzustellen und darin den nächstmöglichen Zeitpunkt zu bestimmen, bis zu dem der Haushaltsausgleich wieder hergestellt ist, wenn bei der Aufstellung des Haushalts u. a. in zwei aufeinanderfolgenden Haushaltsjahren geplant ist, den in der Schlussbilanz des Vorjahres auszuweisenden Ansatz der allgemeinen Rücklage jeweils um mehr als ein Zwanzigstel zu verringern (voraussichtliche Allgemeine Rücklage 2010: 34.777.003,-- €; geplante Verringerung in 2011: 5.541.468,-- €; voraussichtliche Allgemeine Rücklage 2011: 29.235.535,-- €; geplante Verringerung in 2012: auf 23.567.175,-- €) . Gemäß § 76 Abs 2 Satz 2 GO bedarf das Haushaltssicherungskonzept der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Die Genehmigung kann nur erteilt werden, wenn aus dem Haushaltssicherungskonzept hervorgeht, dass spätestens im letzten Jahr der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung (2014) der Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO wieder erreicht wird. Da ein Haushaltsausgleich nach § 75 Abs. 2 GO bis 2014 nicht erreicht wird, liegt seit 2009 kein genehmigungsfähiger Haushalt vor.
- 7 Bündnis 90 Die Grünen S. 36 Gewerbesteuer  
Warum geht die Kämmerei nur von einem moderaten Anstieg der Gewerbesteuereinnahmen (prozentual weniger als die Einkommensteuer) in den nächsten Jahren aus, obwohl doch in der Norderweiterung des IP-Klause so viele zahlungskräftige Unternehmen erwartet werden?
- Antwort Für den Anteil an der Einkommensteuer ist von 2010 (vorläufiges Ergebnis 7,3 Mio.€) den Orientierungsdaten folgend auf 2014 (Plan 8,2 Mio.€) ein Anstieg von insgesamt 12 % unterstellt. Die Gewerbesteuerveranschlagung – hier liegen keine externen Orientierungsdaten vor – steigen nach der vorliegenden Planung von 2010 (vorläufiges Ergebnis knapp 8 Mio.€) auf 2014 (Plan 8,9 Mio.€) ebenfalls um insgesamt 12%. Mehreinnahmen bei den Gewerbesteuereinnahmen sind für die nördliche Erweiterung des IP Klaue erst dann zu erwarten, wenn Firmen Gewinne erzielen. Da in der Regel in den ersten Jahren hohe, den steuerlichen Gewinn mindernde Abschreibungen anfallen, wurde nur von einer moderaten Mehreinnahme bei der Gewerbesteuer ausgegangen.

- 8 Bündnis 90 Die Grünen S. 35 Kommunale Steuern  
Wie liegen die Steuersätze von Lindlar im regionalen Vergleich (Engelskirchen, Wipperfürth, Overath, Bergisch-Gladbach und Köln)? Ist da noch „Luft nach oben“?

Antwort	GewST	GrdSt A	GrdSt B	Hundesteuer	
Lindlar	450	320	410	72,00	bleibt
Engelskirchen	450	280	411	67,44	bleibt
Wipperfürth	450	320	410	78,00	bleibt
Overath	440	230	410	70,00	bleibt
B.-Gladbach (akt.)	455	255	455	90,00	
(Vorschlag)	460	255	487	90,00	
Köln (akt.)	450	165	500	156,00	
(zu möglichen Änderungsvorschlägen keine Auskunft)					

- 9 Bündnis 90 Die Grünen S. 42 Schlüsselzuweisung  
Für 2011 liegt noch keine offizielle Proberechnung vor. Wie verlässlich ist die Schätzung der Kämmerei? Wann wird eine offizielle Proberechnung vorliegen?

Antwort Die erste Proberechnung für die Schlüsselzuweisung und sonstigen Zuweisungen wird das Land NRW Ende Januar/Anfang Februar 2011 vorlegen. Die Vorlage ist zurzeit nicht möglich, da das Land NRW die Hauptansatzstaffeln eventuell für 2011 verändern möchte.

- 10 CDU S. 48, Pkt 5.4 Mieten, Pachten  
Mehreinnahmen um 58.000 Euro auf 194.000 Euro erläutern; Welche Mieten werden eingenommen?

Antwort Die Ansatzserhöhung resultiert aus der erwarteten Mieteinnahme von der ARGE ab 2011. In der Spalte Mieten und Pachten sind auch die Mietnebenkosten in Höhe von 38.120 € enthalten. Die (in der Summe höhere pauschale) Kostenerstattung der ARGE war bisher im Produkt 1.31.01 veranschlagt.

- 11 CDU S. 52, Pkt 5.6 Auflösung Rückstellungen  
Veränderung von 2009 bis 2011?

Antwort Im Jahre 2009 konnte eine Rückstellung auf Grund eines entschiedenen Klageverfahren (Steuerschuldner ./.. Finanzamt) in Höhe von 2.635.166,- € aufgelöst werden. Weiterhin wurde in 2009 bis 2011 die gebildete Rückstellung für gewährte Altersteilzeit aufgelöst bzw. in Anspruch genommen.

- 12 CDU S. 61 Personal- und Versorgungsaufwand  
Die Ausbildung von insgesamt 7 Azubis begrüßen wir besonders. Können tatsächlich die Urlaubs- und Überstundenrückstellungen 0 Euro erreichen?

Antwort Es wird immer das Rechnungsergebnis verwendet. Eine Schät-

zung zum 31.12.2010 und für die Folgejahre 2011 und 2012 ist nicht möglich. Daher wurden diese Rückstellungen nicht angegeben.

- 13 CDU S. 62 Stellenplan  
Die Anpassung des Stellenplans an die Realität findet unsere Zustimmung. Der Verwaltungsinterne Spielraum wird dadurch eingeschränkt.
- Antwort Insgesamt werden 5 Stellen eingespart. Im Tarifbereich werden drei Stellen der Entgeltgruppe 2 und eine Stelle der Entgeltgruppe 4 (eine Stelle wird nach Entgeltgruppe 5 angehoben) eingespart. In diesen unteren Entgeltbereichen wird ein Spielraum nicht benötigt, da aus heutiger Sicht z. B. keine Reinigungskräfte mehr eingestellt werden, sondern die Reinigung durch externe Dienstleister erfolgt.  
Im Beamtenbereich wird eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 höherer Dienst eingespart, welche bis Juni 2009 durch den Fachleiter Personal besetzt war, der sich seitdem im Ruhestand befindet. Der Allgemeine Vertreter nimmt diese Aufgabe seit dem 01.03.2010 zusätzlich wahr.
- 14 SPD S. 63 Energiekosten  
Um die Möglichkeiten zur langfristigen Senkung der Energiekosten ausloten zu können, **beantragt** die SPD-Fraktion eine Auflistung der Laufzeiten der bestehenden Verträge mit den Energiekonzernen.
- Antwort Folgende Lieferverträge mit der BELKAW GmbH bestehen derzeit für die Gebäude der Gemeinde Lindlar:
- |  |                |
|--|----------------|
| Strom allgemein:                               | bis 31.12.2010 |
| Strom Schulzentrum:                            | bis 31.12.2012 |
| Gas allgemein:                                 | bis 30.09.2012 |
| Gas Gymnasium:                                 | bis 30.09.2012 |
| Wärmeliefervertrag (Contracting) Schulzentrum: | bis 14.08.2020 |
| Wärmeliefervertrag(Contracting) Rathaus:       | bis 17.09.2012 |
- 15 FDP Bitte schriftlich detailliert (Zahlen) auflisten:
- |                                      |              |
|--------------------------------------|--------------|
| S. 64 Gebäudereinigung               | € 387.150,-- |
| S. 64 Grundstücks- und Gebäudekosten | € 320.800,-- |
- (auf Seite 65 werden allerdings nur 298.800,-- erwähnt)
- Antwort Zu Frage 1 (Kosten der Gebäudereinigung):
- |                                       |             |
|---------------------------------------|-------------|
| 11100 Rathaus                         | 43.300,00 € |
| 11101 Ratssaal Alte Schule / Bücherei | 4.100,00 €  |
| 11110 Bauhof-Gebäude                  | 0 €         |
| 11200 FWGH Lindlar                    | 1.500,00 €  |
| 11201 FWGH Frielingsdorf              | 1.000,00 €  |
| 11202 FWGH Remshagen                  | 500,00 €    |
| 11203 FWGH Hohkeppel                  | 500,00 €    |

12100	GGs Lindlar-West	25.500,00 €
12110	GGs Lindlar-Ost	30.000,00 €
12120	GGs Frielingsdorf	26.000,00 €
12130	GGs Kapellensüng	23.000,00 €
12140	GGs Schmitzhöhe	1.500,00 €
12160	Hauptschule	15.000,00 €
12170	Realschule	51.500,00 €
12180	Gymnasium	68.000,00 €
12190	Förderschule	31.000,00 €
12500	Kulturzentrum	2.500,00 €
14200	Lennefetal-Halle	18.000,00 €
14205	kleine Turnhalle Lindlar	800,00 €
14210	Vossbruch-Halle	20.700,00 €
14215	kleine Turnhalle Frielingsdorf	150,00 €
14220	Scheelbachhalle	300,00 €
14225	Turnhalle Hartegasse	3.500,00 €
14230	Turnhalle Schmitzhöhe	4.200,00 €
14240	Gymnastikhalle Linde	4.000,00 €
14257	Umkleidegebäude Sportplatz	150,00 €
14259	Umkleidegebäude Sportplatz	3.950,00 €
15515	Kapelle und Garage Friedhof	6.500,00 €
15516	Friedhofskapelle Frielingsdorf	0 €
	Summe	387.150,00 €

Zu Frage 2:

Die Grundstücks- und Gebäudekosten betragen insgesamt 320.800 €. Die Summe auf Seite 65 muss somit korrigiert werden. Auf den Seiten 65 bis 68 sind auch die Kosten für die Gebäudetechnik in Höhe von 84.555 € aufgeführt.

- 16 CDU S. 65 GGS Lindlar-Ost  
Seit 4 Jahren werden für die Grundschule Li-Ost Sonnenrollos veranschlagt, bitte erläutern
- Antwort Vielen Dank für den Hinweis. Die Sonnenrollos wurden zwischenzeitlich eingebaut. Der Ansatz muss entsprechend korrigiert werden.
- 17 CDU S. 65/66/67 Sicherheit und technische Prüfung  
Bitte erläutern
- Antwort Hierbei handelt es sich um vorgeschriebene Wartungen und technische Prüfungen z.B. von Brandmeldeanlagen, Aufzügen, RWA- und ELA-Anlagen, Feuerlöschern, Lüftungsanlagen, Automatischen Toranlagen etc.
- 18 SPD S. 65 Sicherheits- und technische Prüfungen  
Die Kosten für Sicherheits- und technische Prüfungen variieren zum Teil bei den einzelnen Gebäuden sehr stark, was mit dem z. T. energetisch angeblich sinnvollen hohen Technikeinsatz erklärt

wird. Die SPD-Fraktion **beantragt** daher zu prüfen, ob und in welcher Höhe sich hier tatsächlich energetische Einsparungen abzeichnen.

Antwort Das ZGM hat die variierenden Kosten für die Sicherheits- und technischen Prüfungen nie mit „energetisch sinnvollen hohen Technikeinsatz“ erklärt. Die Kosten entstehen vielmehr in der Hauptsache durch die Prüfungen von solchen Anlagen, welche gesetzlich vorgeschrieben oder aber durch die Nutzung der Gebäude bedingt sind.  
Welche energetischen Kosteneinsparungen sich aus dem Austausch veralteter Technik, wie etwa Wärmerückgewinnungsanlagen im Kulturzentrum oder der Scheelbachhalle ergeben, kann den Energieberichten der Folgejahre entnommen werden.

19 FDP S. 66 Turnhalle Schmitzhöhe  
Wie kann ein Austausch eines WC-Spülkastens € 1.500,- kosten?

Antwort Es werden zwei WCs sowie zwei Spülkästen ersetzt. Wegen des alten Gebäudebestandes (derzeit ist u.a. noch eine Kettzugspülung auf den Toiletten vorhanden) sind die Sanierungsarbeiten etwas aufwendiger als normal.

20 CDU S. 67 Sportplätze/Kunstrasenplatz Lindlar  
Erhält nur der TuS Lindlar einen Zuschuss zur Bewirtschaftung des Kunstrasenplatzes?  
Werden die Plätze komplett durch die Vereine unterhalten?  
Wird eine Rückstellung für die Erneuerung gebildet? Von wem?  
Ggf. soll die Bildung von Rücklagen auch bei den Vereinen angeregt werden. Welche Lebensdauer haben die Kunstrasenplätze?  
Wie sind die ersten Erfahrungen von Lindlar?

Antwort Zu Frage 1:  
Nein, jeder Verein erhält einen Zuschuss zur Platzpflege.

Zu Frage 2:  
Nein, die Kosten der Jahrespflege (Kunstrasen), des Materials (Kunstrasen und Tenne) sowie die der erforderlichen Gerätschaften hierfür trägt die Gemeinde Lindlar.

Zu Frage 3 und 4:  
Nein, diesbezüglich wurden nach verwaltungsinterner Absprache bislang keine Regelungen mit den Vereinen getroffen.

Zu Frage 5:  
Allgemein geht man von einer Lebensdauer von ca. 15 Jahren bei einer normalen Nutzung aus. Aufgrund der sehr starken Nutzung des Kunstrasenplatzes Lindlar durch die vielen Schüler und derzeit 23 Mannschaften des TUS Lindlar ist davon auszugehen, dass die Lebensdauer dieses Platzes unter Umständen nicht die volle prognostizierte Lebensdauer erreichen wird.

- 21 CDU S. 68 Kinderspielplätze  
Der Bolzplatz in der Helling steht oft unter Wasser. Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden?
- Antwort Hier sollten bereits 2010 Drainstränge gezogen werden. Dieses ist auf Grund der Topographie nicht möglich. Vor den Toren sollen jetzt Löcher ausgehoben und mit Kieselsteinen verfüllt werden, damit das Wasser besser abziehen kann. Die entstandenen Mulden werden mit einem Erde/Sandgemisch aufgefüllt. Sonst sind nur sehr kostenaufwändige Maßnahmen möglich (Aufschüttung)
- 22 CDU S.69 Unterhaltung von Straßen; Wald- und Wirtschaftswege  
Wie wird sichergestellt, dass die Wege auch nach Holzabfuhr noch im vorherigen Zustand sind oder wieder in diesen versetzt werden?
- Antwort Die Verwaltung hat in diesem Jahr den Landesbetrieb Wald und Holz NRW, Betriebssitz Wipperfürth, und die Forstbetriebsgemeinschaft Lindlar mit der Bitte angeschrieben, beabsichtigte größere forstwirtschaftliche Maßnahmen und die Durchführenden mitzuteilen, damit vor Beginn der Maßnahmen eine Wegebesichtigung stattfinden kann. Bei nicht bestimmungsgemäßer Benutzung der Wege oder vorsätzlicher Beschädigung, wird eine Schadensbeseitigung bzw. Wegereparatur eingefordert, sofern der Nachweis hierfür erbracht werden kann und der Schadensverursacher bekannt ist. Für notwendige Instandsetzungsarbeiten der Wege nach bestimmungsgemäßer Nutzung ist die Gemeinde im Rahmen ihrer Unterhaltungsverpflichtung zuständig.
- 23 CDU S. 69 Schülerbeförderung  
Bitte die Kostenveränderungen 2009/10/11 erklären; bei sinkenden Schülerzahlen steigen die Kosten.
- Antwort Bei der Veranschlagung der Kosten für das jeweils kommende Haushaltsjahr wurden folgende Preissteigerungen berücksichtigt:
- |                    |   |
|--------------------|---|
| Von 2008 nach 2009 | ÖPNV 4 % ( 3,2 % tatsächlich)   |
|                    | Spezialverkehr 4,5 %, ( 4,44 % tatsächlich)   |
| Von 2009 nach 2010 | ÖPNV 3,5 % (3,54 % tatsächlich)   |
|                    | Spezialverkehr 5,5 % (0,0 % tatsächlich)  |
| Von 2010 nach 2011 | Linie 3,5 %, Spezialverkehr 3, 5 % plus Sonderfahrten (GHS- Berufsprojekt in Bergisch Gladbach und Burscheid) |
- Zum 01.01.2009 fand eine Kilometeranpassung im Schülerspezialverkehr statt, die zum Ergebnis hatte, dass der Tagespreis um 97,85 € gesenkt wurde; Einsparsumme in 2009 in Höhe von 18.600 € Weiterhin fiel die Erhöhung ÖPNV geringer aus und im Linienverkehr wurden weniger Schüler befördert als angenommen.

Veranschlagt: 717.000 € Ergebnis: 667.366

Im Jahr 2010 wird das voraussichtliche Ergebnis bei 625.000 € liegen.

Durch Veränderung der Fahrpreise ist der Kauf eines Schülerjahrestickets gegenüber einem Einzelticket für Schüler unter 15 Jahren nicht mehr die günstigste Fahrkarte. Die OVAG hat deshalb an die Gemeinde Lindlar im Jahr 2010 eine Rückerstattungen/Treuebonus in Höhe von insgesamt ca. 47.000 € (Einmalzahlung für das Schuljahr 2009/10 von 24.540 € und seit August monatl. ca. 4.600,- €) geleistet. Die anderen Kostenreduzierungen ergeben sich aus weniger Schüler im ÖPNV als angenommen. Die Firma Söhnchen hat die Preissteigerung nicht in Anspruch genommen.

Veranschlagt: 706.000€ Kosten: 670.291 €

Ersparnis(incl. Rückerstattung) in 2010 voraussichtlich 81.000 €

#### Vergleich der Kosten für die Schülerbeförderung 2009 bis 2011

	2009	tatsächl. Ergebnis	2010	voraussichtl. Kosten	2011	prognostiz. Kosten
Gesamt-schülerzahl	2756		2660		2612	
Fahrschüler gesamt	1273	667.366	1207	670.291	1169	696.000
Spezialverkehr	240	229.458	245	241.277	263	
Zubringer Spezialverkehr	93		85		85	
ÖPNV + Sonderfahrten und Praktikumsfah.	1033	437.908	962	429.014	933	

24 SPD

S. 69 Unterhaltung von Straßen, Wegen und Plätzen

Die Straßen- und Wegenutzung der Landwirte mit großen Landmaschinen führt zu einem erheblichen Unterhaltungsaufwand. Die SPD-Fraktion **beantragt** die Verwaltung zu prüfen, inwieweit eine Beteiligung der Landwirte an den Unterhaltungskosten der Forst- und Wirtschaftswege zu realisieren ist.

Antwort

**Beschlussvorschlag:**

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob eine Beteiligung der Landwirte an den Unterhaltungskosten der Forst- und Wirtschaftswege möglich ist.

25 FDP

Bitte schriftlich detailliert (Zahlen) auflisten:

S. 70 TeBEL

€ 1.819.500,--

Antwort

siehe Anlage 3

26 CDU

S. 72 Datenverarbeitung

Veränderung der Ansätze erläutern; Sind weitere größere Investitionen erforderlich? Kann hier die Zusammenarbeit mit Engelskirchen kostendämpfend wirken?

Antwort Im Ansatz für 2010 seinerzeit die Mehrkosten für die Erhöhung der Datenübertragungsrate für die Leitung von der Gemeinde Lindlar zur civitec veranschlagt. Das Angebot des Netzbetreibers viel aufgrund des guten Verhandlungsergebnisses der civitec deutlich günstiger aus als zunächst kalkuliert. Der HH-Ansatz konnte deswegen reduziert werden. Die Gespräche mit der Gemeinde Engelskirchen wegen einer Zusammenarbeit im Bereich der EDV laufen zurzeit noch.

27 CDU S. 70 Erstattung TeBEL  
Erstattung an TeBEL entspricht bisher der internen Verrechnung. Kann ohne großen Aufwand eine Gegenüberstellung erstellt werden?

Antwort Siehe Ziffer 25

28 CDU S. 75 Breitbandausbau  
Wir bitten um aktualisierte Daten/ Beträge, da durch die beschlossene Versorgung von Hohkeppel die unversorgten Orte neu betrachtet werden müssen. Welche finanziellen Effekte können beim Ausbau durch Eigenleistung entstehen? Welche Eigenleistungen sind vorstellbar? Wer kann sie erbringen? Kann Hommerich von Georghausen aus erschlossen werden? Wie sind die geplanten Trassen für Linde, Hartegasse/Süng und Brochhagen? Macht ein Leerrohr im Rad- Gehweg nach Hommerich Sinn?

Antwort Eine Reihenfolge, in welcher Ortschaft als nächstes die Breitbandversorgung ausgebaut werden soll, ist noch nicht beschlossen, weil auch abhängig von der Haushaltsgenehmigung und der Mittelzuweisung aus dem GAK-Programm.  
Ein beträchtlicher Kostenfaktor beim Ausbau des Breitbandnetzes sind die Tiefgaukosten (ca. 60 – 80 €/m). Eine Kostenreduzierung könnte durch Eigenleistung (bürgerschaftliches Engagement, z.B. Leerrohrverlegung, einschl. Trassensicherung und straßenverkehrsrechtlichen Genehmigungen) erzielt werden. Die Haftungsfragen bei Personen- und Sachschäden werden zu prüfen sein.  
Nach Prüfung durch die Telekom wurde mitgeteilt, dass die Ortslage Hommerich im Rahmen des Trassenplanungskonzeptes von Engelsdorf aus erschlossen wird. Die Erschließung von Georghausen aus sei nicht vorgesehen.  
Nach der Planung der Telekom wird die Ortschaft Linde (Hoffstadt/Merlenbach) über die Schwarzenbachstr. und die L 284 erschlossen. Alternativ könnte auch die Trasse über den Rad-/Gehweg in Anspruch genommen werden. Um beide Alternativen zu haben, macht die Leerrohrverlegung im Zuge der Herstellung des Rad-/Gehweges Sinn.  
Die Ortschaften Brochhagen/Hartegasse und Kapellensüng wer-

den über Holl (Trasse besteht) von Lindlar aus angebunden mit der Möglichkeit, die Trasse ab Steinenbrück ebenfalls nach Breun weiterzuführen.

29 CDU

S. 76 Zuwendungen an

-Tierheim

Wie berechnet sich der Zuschuss? Wie sieht die konkrete Dienstleistung für die Gemeinde aus?

Wie läuft der Betrieb?

-Bürgerbus

Beförderungszahlen? Testbetrieb Hartegasse? Rückmeldungen von Bürgern bezüglich Strecken/ Pünktlichkeit usw.?

Antwort

Zu S. 76 Zuwendungen an

– Tierheim

Auf Grundlage der amtlichen Bevölkerungszahl der Gemeinde zum 30.06. erhält das Tierheim einen jährlichen Zuschuss in Höhe von 0,26 €/Einwohner (zurzeit 5.794,62 €).

Die konkrete Dienstleistung für die Gemeinde bzw. die Ordnungsbehörde besteht darin, dass Fundtiere ohne weitere Kosten auf entsprechende Anforderung (ggf. nach Bürgermeldung) durch Mitarbeiter des Tierheims vor Ort abgeholt und im Tierheim bis zu deren Vermittlung betreut werden. In 2009 wurden vom Tierheim insgesamt 37 Fundtiere übernommen. Weiterhin würde das Tierheim im konkreten Falle das Abholen oder Einfangen von Tieren übernehmen, welche auf Grund gesetzlicher Bestimmungen bzw. nach ordnungsbehördlichen Maßnahmen abgeholt oder eingefangen werden müssten.

Wie bereits seit vielen Jahren kann die Zusammenarbeit mit dem Tierheim als insgesamt sehr gut bzw. äußerst kooperativ, reibungslos und am Wohle der Tiere orientiert bezeichnet werden. Ansprechpartner sind auf kurzem Wege erreichbar und stehen der Ordnungsbehörde in Sachen Tieraufnahme stets zur Verfügung. Insofern kann die Abholung der Tiere sehr zeitnah erfolgen.

– Bürgerbus

*Folgende Fahrgastzahlen liegen vor:*

1998	1.372		2004	5.185
1999	2.100		2005	5.705
2000	2.486		2006	5.582
2001	2.793		2007	4.949
2002	3.023		2008	4.836
2003	4.269		2009	4.036

Der Probetrieb für die Linie Hartegasse wurde am 15.03.2010 aufgenommen und läuft noch bis 28.02.2011. Die Linie wird an 2 Tagen in der Woche mit 4 Touren bedient. Es sind noch nicht alle Betriebsmonate ausgewertet. Aufgrund der bestehenden Daten ist davon auszugehen, dass durchschnittlich 2 Fahrgäste/Tour das

Angebot in Anspruch nehmen.

Der Bürgerbus fährt in der Regel pünktlich. Zu fahrplanmäßig geringfügigen Abweichungen kann es schon einmal kommen, wenn sich größere Straßenbaustellen auf der Linie befinden.

Dem Verein liegen keine negativen Mitteilungen zur Streckenführung vor.

- 30 CDU S. 77 Kreisumlage  
Erstellt auch der Kreis ein Haushaltssicherungskonzept
- Antwort Nach dem vorliegenden Eckpunktepapier für den Haushalt 2011 wird ein Haushaltssicherungskonzept bis 2014 vorgelegt.
- 31 SPD S. 77 Kreisumlage  
Der SPD-Fraktion liegen die Eckdaten des Kreises für 2011 vor, die die Kreisumlage auf 45,5% Hebesatz festsetzen. Wie wirkt sich diese Erhöhung auf den Gemeindehaushalt aus?  
Neben der Jugendamtsumlage, bei der wir wissen wollen, was wir einzahlen und was wir herausbekommen, beantragen wir eine Aufschlüsselung der Kreisumlage bei den Sozialkosten (Wohnkosten Hartz IV, Grundsicherung etc.), den Kosten für Bauaufsicht, Verkehrsregelung usw. Wir wollen wissen (wie beim Jugendamt), wie viel Geld für diese Positionen seitens der Gemeinde Lindlar an den Kreis bezahlt werden (Pauschale) und wie viel Geld tatsächlich für die Gemeinde Lindlar aufgewendet wird. Erst auf der Basis dieser Zahlen kann unseres Erachtens darüber entschieden werden, welche bisherigen Kreisaufgaben zukünftig durch die Gemeinde (ggf. in Kooperation mit Engelskirchen) übernommen werden können und ob sich dies finanziell rechnet.  
Die SPD-Fraktion **beantragt**, dass die Gemeindeverwaltung beauftragt wird beim Kreis die Erstellung entsprechender Kennzahlen zu fordern, um die Kreisumlage besser hinterfragen und analysieren zu können. Im Übrigen erachten wir die Kreisumlage als absolut zu hoch!
- Antwort Entsprechend der durch den Kreis vorgestellten Eckdaten zum Kreishaushalt 2011 sieht dieser eine Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage in 2011 in voraussichtlicher Höhe mit 11,2 Mio. € (31,6%), in 2012 mit rd. 7,7 Mio. € (31,9%) und in 2013 mit rd. 2,6 Mio. € (15,6%) vor. Für das Jahr 2014 sieht die Planung dann wieder gemäß den gesetzlichen Vorgaben für Haushaltssicherungskonzepte einen ausgeglichenen Haushalt vor. Mit der Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage in vorgenannter Höhe ergibt sich für den OBK die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, das der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedarf. Der Haushalt ist damit grundsätzlich genehmigungsfähig.  
Sofern das Eckpunktepapier vom Kreistag mit den dort angegebenen Hebesätzen beschlossen wird, bedeutet dies für die Gemeinde Lindlar zusätzliche Mehrausgabe für die Kreisumlage (einschl. Jugendamtsumlage) in Höhe von 1.524.000 €

Die Verwaltung vertritt ebenfalls die Auffassung, dass der Oberbergische Kreis zum Zwecke des Vergleichs Kennzahlen bilden soll. Diese Forderung zu stellen, ist zunächst Aufgabe der Kreistagsmitglieder.

Die Verwaltung vertritt ebenfalls die Auffassung, dass die Kreisumlage absolut zu hoch ist.

32 Bündnis 90  
Die Grünen

S. 77 Kreisumlage

Die Kreisumlage ist in den vergangenen Jahren rapide gestiegen und auch FDP und CDU in den einzelnen Kommunen (so auch in Lindlar) klagen zu Recht darüber. Unverständlich ist allerdings, dass eine Mehrheit aus den gleichen Parteien den Kreishaushalt jedes Jahr verabschiedet, anstatt Landrat und Verwaltung zum sparen zu zwingen. Aufgrund welcher Faktenlage geht die Kämmererei von konstanter Kreisumlage aus, obwohl diese in den letzten Jahren immer gestiegen ist?

Antwort

Die Verwaltung war bei Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes der Auffassung, dass die Kreisumlage, wie sie für 2009 und 2010 bereits gezahlt wurde, bereits auf einem sehr hohen Niveau war. Vor diesem Hintergrund ist – auch in Ermangelung einschlägiger Vorgaben – von einem konstanten Kreisumlagebedarf ausgegangen und überdies unterstellt worden, dass sich die Bemessungsgrundlagen der Gemeinde Lindlar in Relation zu denjenigen der übrigen kreisangehörigen Kommunen nicht wesentlich verändern. Nach den nunmehr vorliegenden Eckdaten zum Kreishaushalt ergeben sich deutliche Veränderungen zum Nachteil des Haushalts der Gemeinde. Dies ist im Veränderungsnachweis berücksichtigt. Siehe hierzu u.a. auch Ziffern 31 und 5.

33 CDU

S. 79 Reisekosten

Wie sind die Veränderungen zum Vorjahr begründet?

Antwort

Grundsätzlich wird verstärkt darauf geachtet, dass anstelle des Privatwagens ein Dienstwagen genutzt wird. Des Weiteren sind in 2010 nicht alle entstandenen Reisekosten abgegolten worden, da ein Anspruch nach sechs Monaten verfällt. Seit 2010 werden zudem mehr Inhouse-Schulungen angeboten, so dass die Mitarbeiter weniger externe Seminare wahrnehmen. Anfang 2010 hat das Ordnungsamt ein eigenes Dienstfahrzeug erhalten.

34 CDU

S. 80 PG 1.11.07 Prüfung/Beratung  
Mehrkosten für GPA in 2011?

- Antwort Die Kosten für Prüfungen, Beratungen, Rechtsschutz gliedern sich wie folgt auf:
- |            |   |
|------------|---|
| PG 1.11.03 | 5.000 €   |
| PG 1.11.07 | 10.000 €  |
| PG 1.11.10 | 67.000 € (GPA 55.000 €, Prüfung Gesamtabschluss 12.000 €) |
| PG 1.11.11 | 5.400 €   |
- Der Vorbericht wird entsprechend geändert.
- 35 CDU S. 80 PG 1.12.01 Allgem. Sicherheit  
Was begründet den um 40.000 Euro erhöhten Ansatz?
- 36 FDP S. 80 PG 1.12.01/542900  
Es werden in 2011 50.000,-- bzw. auf Seite 210 = 60.000,-- € aufgeführt / wofür werden 40 T€ bzw. 50 T€ mehr als 2010 benötigt?
- Antwort Die Gutachterkosten für den DSL-Ausbau nach dem GAK-Förderprogramm (50T€) wurden irrtümlich dem Sachkonto für ordnungsbehördliche Maßnahmen zugeordnet.
- 37 CDU S. 80 PG 1.21.08 Gymnasium  
Geld für Stellen: War das bisher nicht Landesaufgabe?
- Antwort Hier muss es richtig heißen: Hauptschule. Die gebundenen Hauptschulen haben die Möglichkeit, Lehrerstellen zu kapitalisieren und statt der Lehrerstellen Geld zu bekommen und Personal selbst einzustellen. Es handelt sich bei dem Personal z.B. um Sozialarbeiter, Handwerksmeister, Künstler etc. Dieses Programm wird bei der Hauptschule Lindlar mit 120.000 € Landesmitteln unterstützt. Die Personalsachbearbeitung wird von der Gemeinde Lindlar erfüllt, hierfür erhält sie 10% der Fördersumme
- 38 Bündnis 90 Die Grünen S. 80 PG 1.21.08 „Gymnasium“ für Geld oder Stelle  
Es ist „Hauptschule“ gemeint.
- Antwort siehe Antwort zuvor
- 39 CDU S. 80 PG 1.54.03 Winterdienst  
Bitte erläutern
- Antwort Es handelt sich hierbei um die abgerechneten Leistungen der Fremdfirmen, die im Winterdienst 2009 für die Gemeinde tätig waren sowie weitere Winterdienstkosten, die der Landesbetrieb Straßenbau NRW der Gemeinde für durchgeführte Winterdienstleistungen in den Ortsdurchfahrten in Rechnung gestellt hat.
- 40 CDU S. 81 Drucksachen  
Werden die Mehrkosten ausgeglichen?

- Antwort Zu S. 81 Drucksachen  
Hierüber werden auch die neuen Personalausweise beschafft. Ein Ausgleich erfolgt nicht, weil die Beschaffungs- und Produktionskosten für den neuen Perso 22,80 € und die Einnahmen aus Verwaltungsgebühren nur 6,- € betragen.
- 41 SPD S. 81 Zeitungen, Fachliteratur  
Um hier mögliche Einsparpotentiale offenzulegen, **beantragt** die SPD-Fraktion für diesen Kostenfaktor eine Aufschlüsselung nach Produktgruppen getrennt nach den Jahren 2009 und 2010.
- Antwort **Beschlussvorschlag:**  
Die beigefügte Aufstellung wird zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung soll weiterhin, wie bereits in der Fachleitersitzung im Mai 2010 geschildert, den Literatur- und Zeitschriftenbestand kritisch prüfen und auf das jeweils zwingend erforderliche Maß reduzieren. Bevorzugt sind elektronische Medien einzusehen.
- 42 CDU S. 81 Versicherungen  
Können weitere Einsparungen ggf. gemeinsam mit Engelskirchen erreicht werden?
- Antwort Im Bereich der Sachversicherungen sollen die Gebäude- und Gebäudeinhaltsversicherungen zum nächst möglichen Kündigungstermin am 1. Januar 2012 ausgeschrieben werden, um hier weiteres Einsparpotential erzielen zu können. Nach Rücksprache mit der Gemeindeverwaltung in Engelskirchen ist dort eine Ausschreibung bis auf Weiteres nicht beabsichtigt.
- 43 Bündnis 90  
Die Grünen S. 81 Werbung  
Warum sind in 2010 die Werbeaufwendungen so hoch?
- Antwort Hierin sind 15.000 € für Prospektmaterial, neue Preisliste und Werbungskosten im Produktbereich Tourismus veranschlagt.
- 44 Bündnis 90  
Die Grünen S. 83 PG 1.61.02 Eigenkapitalverzinsung Gemeindewerk  
Wie erklären sich die großen Sprünge in den betrachteten Jahren?
- Antwort Für das Jahr 2010 war die Abführung aus zwei Jahren (2008 und 2009) kalkuliert. Mit der Prüfung des Jahresabschlusses 2009 ist im ersten Quartal 2011 zu rechnen, dann stehen die tatsächlichen Abführungsbeträge fest. In 2010 wird weniger abgeführt als geplant. Die Abführung für 2009 erfolgt gemeinsam mit der Abführung für 2010 im Jahr 2011. Im Veränderungsnachweis wird dies entsprechend ausgewiesen.
- 45 Bündnis 90  
Die Grünen S. 84 Zinsaufwendungen  
Lindlar hat weiterhin eine bedeutende Netto-Neuverschuldung, d.h. es werden mehr neue Schulden gemacht, als alte Schulden abgebaut, sodass man langfristig von einer steigenden Zinsbelas-

tung ausgehen muss. Des Weiteren befinden wir uns z. Zt. auf einem historisch niedrigen Zinsniveau, von dem niemand wissen kann, wie lange es anhält. Wie hoch ist z. Zt. der Durchschnittszinssatz der Darlehn und Kassenkredite? Welche Zinsbelastungen hätte Lindlar, wenn man den höchsten Durchschnittszinssatz der letzten 30 Jahre der Gemeinde Lindlar zugrunde legt?

Antwort

Der Durchschnittszinssatz der bei der Gemeinde Lindlar (einschließlich Gemeindewerk Wasser und Abwasser Lindlar, BGW GmbH; SFL GmbH) aufgenommenen Darlehen beträgt zurzeit 3,87 %. Der Durchschnittszinssatz der bei der Gemeinde Lindlar aufgenommenen längerfristigen Kassenkredite beträgt zurzeit 3,71 %. Über die laufenden Durchschnittssätze der zurückliegenden 30 Jahre liegen keine Daten vor. Sie müssten aufwändig erhoben werden und sind zugleich insofern nicht unbedingt vergleichbar als die Relation der Kassen-/Liquiditätskredite zu den Investitionskrediten über den Beobachtungszeitraum nicht konstant ist; darüber hinaus kann nicht ohne Weiteres davon ausgegangen werden, dass das Kreditportfolio sich hinsichtlich der (durchschnittlichen) Rest- und/oder Ursprungslaufzeiten der festverzinslichen Kredite nicht verändert hat.

Geht man – vereinfachend – von einer Erhöhung des Durchschnittszinssatzes von 4% um 1%-Punkt auf 5% aus, erhöht sich der Zinsaufwand im Kernhaushalt von rund 3 Mio.€ bei unveränderter Kredithöhe und -struktur um 0,6 Mio.€ pro Jahr.

Zur Absicherung gegen mögliche Zinssteigerungen lassen sich – wie in den letzten Jahren auch schon geschehen – im Rahmen der rechtlichen Vorgaben und allein zu Sicherungszwecken Termingeschäfte einsetzen. Grundlage solcher Entscheidungen ist eine Zinsmeinung, über die sich in unregelmäßigen Abständen die Mitglieder des Arbeitskreises Kredit austauschen und ggf. Vorgaben für das Kreditportfoliomanagement machen.

46 CDU

S. 95 PG 1.11.11 Parkplatz Gymnasium

Eine deutlich preiswertere Variante sollte geprüft werden. Den für 2013 vorgeschlagenen Ausbau soll erheblich preiswerter gestaltet sein.

47 SPD

Die SPD-Fraktion bittet um Prüfung, ob diese Maßnahme in Anbetracht der prekären Haushaltssituation nicht als nachrangig zu betrachten ist.

Antwort

Eine Befestigung der Plätze sowohl unterhalb des Gymnasiums (Ansatz für 2011) als auch oberhalb der JK-Schule (Ansatz für 2013) würde ihre Akzeptanz zum Parken deutlich erhöhen und die laufenden Kosten des Unterhalts senken. Das gilt insbesondere für den stark befahrenen, und nicht nur im Schulbetrieb genutzten Platz unterhalb des Gymnasiums.

48 FDP

Seite 95 = PP Janusz Korczak Schule in 2013 € 60.000,-;  
**Antrag**

diese Mittel werden aus der Planung herausgenommen, da genügend Platz für Autos vorhanden und bei dieser Haushaltssituation keine „Bemalung“ erforderlich ist.

Antwort Siehe auch Ziffer 67.

**Beschlussvorschlag:**

Der Haushaltsansatz von 2013 in Höhe von 60.000 € wird gestrichen.

- 49 Bündnis 90 Die Grünen S. 96 PG 1.36.02 Aufwendungen für Kinderspielplätze  
Die Aufwendungen sinken um 50%. Ist der Betrag wirklich ausreichend? Wir sollten die Spielplätze nicht kaputt sparen.
- Antwort Für kleinere Ersatzbeschaffungen sind die Mittel ausreichend. Wenn bei der Jahreskontrolle 2011 die Notwendigkeit für größere Anschaffungen festgestellt werden sollte, sind diese für 2012 zu kalkulieren.
- 50 CDU S. 96 Ausbau Schulweg und Bonnersüng  
Wie ist der Stand? Bisher sind die für 2009 geplanten Maßnahmen noch nicht gestartet.
- Antwort Der Endausbau der Straße „Schulweg“ ist im Haushaltsplan 2010 enthalten. Nach Freigabe der Haushaltsmittel durch die Kommunalaufsicht des Oberbergischen Kreises in der zweiten Jahreshälfte 2010, wurde ein Ingenieurbüro mit der Ausbauplanung beauftragt. Die Planung wird in der Sitzung des Bau-, Planungs- und Umweltausschusses am 07.12.2010 vorgestellt. Danach erfolgt eine noch zu terminierende Bürgerinformation. Der konkrete Ausbau der Straße wird in 2011 erfolgen.
- 51 Bündnis 90 Die Grünen S. 99 Pro-Kopf-Verschuldung  
Warum wurde hier nur die Entwicklung der „Pro-Kopf-Verschuldung ohne Kassenkredite“ dargestellt? Bitte stellen Sie in ähnlicher Weise auch die „Pro-Kopf-Verschuldung mit Kassenkrediten“ und „Pro-Kopf-Verschuldung mit Kassenkrediten und den Schulden der Gesellschaften, an denen Lindlar beteiligt ist (ggf. anteilig) dar. Nur so ist transparent, welche Belastung auf den Schultern der BürgerINNEN von Lindlar lastet.
- Antwort Das ist richtig. Die Pro-Kopf-Verschuldung mit Kassenkrediten wurde bereits bei der Einbringung des Haushalts durch den Bürgermeister Herrn Dr. Tebroke vorgestellt und beträgt rund 3.100,-- €. Die Schulden der Gesellschaften müssen im Haushaltsplan nicht dargestellt werden, werden aber im Gesamtabschluss, der erstmalig zum 31.12.2010 vorzulegen ist, ablesbar sein. Zukünftig kann – sofern gewünscht – ergänzend die konsolidierte Gesamtverschuldung pro Kopf berechnet und fortgeschrieben werden.
- 52 CDU S. 107 PG 1.36.02.01 Allg. Seniorenarbeit

Wo werden die Einnahmen und Ausgaben für die kommunale Senioren- und Pflegeberaterin verbucht?

Antwort PB 1.31.01 Seite 382 unter dem Bereich Beratung nach dem Landespflegegesetz

53 CDU S. 107 PG 1.36.02.01 Hilfe für junge Menschen und Familien  
Wo ist der Ansatz für die Familienberaterin?

Antwort Die Finanzierung erfolgte aus dem PB 1.36.02 zusätzliche Sozialpädagogenstelle Kath. Kirchengemeinde

### Ergebnispläne

54 Bündnis 90 Die Grünen S. 138 PG 1.11.02 Öffentlichkeitsarbeit  
Die Aufwendungen für Öffentlichkeitsarbeit werden halbiert. Die Ziele dieses Produktes „Umfassende Information der Öffentlichkeit über die Arbeit der Verwaltung und des Rates“ und „Transparenz des Verwaltungshandelns fördern“ halten wir für sehr wichtig. Es ist für uns nicht nachvollziehbar, dass in Zeit hoher Politikverdrossenheit und des großen Unmutes über intransparentes Verwaltungshandeln und -verfahren (z.B. Stuttgart21), die Verwaltung und der Bürgermeister offenbar weniger kommunizieren und erklären wollen.  
Wir bitten diesbezüglich um Erläuterung.

Antwort Durch die Einsparung einer Stelle im Bürgermeister- und Ratsbüro fallen prozentual veranschlagte Kosten für dieses Produkt hier weg, die Aufgaben werden aber im Rathaus dezentral weiter wahrgenommen. Es wird also nicht weniger als bisher kommuniziert bzw. erklärt. Aus Kostengründen ist es bislang nicht geplant, eine/n Pressesprecher/in o.ä. einzustellen.

55 Bündnis 90 Die Grünen S. 143 PG 1.11.03 Ratsbüro  
Die Anzahl der Mitarbeiter sinkt gegenüber dem Vorjahr. Warum ist dies so? Trotzdem sinken die Personalkosten nur wenig. Warum?

Antwort Vielen Dank für den Hinweis. Hier erfolgte ein falscher Ausweis der Mitarbeiterzahl. Die Verwaltungsleitung besteht aus drei Beamten (Bürgermeister, Allgemeiner Vertreter, Kämmerer), der Kämmerer wurde irrtümlich bei Finanzen erfasst. Des Weiteren wurde im Vorzimmer eine Stelle im Tarifbereich eingespart (vgl. hierzu: HFA vom 07.07.2010 TOP 19 und HFA vom 31.08.2010 TOP 14). Die Kosten sinken nur gering, da zum einen der vorherige Allgemeine Vertreter sich in der Freistellungsphase der Altersteilzeit befindet und die Personalkosten der Sekretärin auch auf andere Produkte verteilt waren.

56 Bündnis 90 S. 149 PG 1.11.04 Personalmanagement

- Die Grünen Die Anzahl der Mitarbeiter sinkt gegenüber dem Vorjahr. Warum?
- Antwort Eine Planstelle der Besoldungsgruppe A 13 höherer Dienst wird eingespart, da die Leitung des Bereichs seit dem 01.03.2010 zusätzlich der Allgemeine Vertreter wahrnimmt. Des Weiteren waren bislang dem Bereich auch Mitarbeiter/innen zugeordnet, welche nicht im Bereich Personal tätig waren, aber keine organisatorische Zuordnung hatten. Im Bereich Personal und Organisation sind drei Mitarbeiterinnen tätig mit einem Stellenumfang von 2,65. Zur Verbesserung der Transparenz werden nun Mitarbeiter/innen ohne Zuordnung als „sonstige Beschäftigte“ im Bereich Personal ausgewiesen.
- 57 Bündnis 90 Die Grünen S. 172 PG 1.11.08 Ausstattung neues Verwaltungsgebäude  
Der Ansatz ist zu sperren.
- Antwort **Beschlussvorschlag:**  
Der Haushaltsansatz wird bis zur Entscheidung, ob ein eigenes Jugendamt in Lindlar eingerichtet wird, gesperrt.  
Siehe auch Ziffer 69.
- 58 Bündnis 90 Die Grünen S. 184 PG 1.11.10 431100 Verwaltungsgebühren  
Warum werden nur noch € 100.- an Verwaltungsgebühren angesetzt? Und warum wird eine solche Änderung im Haushalt von Seiten der Kämmerei nicht von sich aus erklärt?
- Antwort Die Gemeinde Lindlar hat auf Grund eines öffentlich-rechtlichen Vertrages die Geschäftsführung der Jagdgenossenschaften Lindlar I - XX übernommen und diese Tätigkeiten vertraglich auf Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter übertragen. Auf Grund einer Neuorganisation erhalten die damit außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit beschäftigten Personen ein Entgelt, welches unmittelbar von den Jagdgenossenschaften ausgezahlt wird. Eine Personalkostenerstattung erfolgt nicht mehr (siehe Seite 57). Es erfolgt lediglich eine pauschale Kostenerstattung in Höhe von 100,- € für sonstigen Geschäftsaufwand (z.B. Porto, Telefon).
- 59 SPD S. 187 ff Sportstätten  
Die SPD-Fraktion **beantragt** die Erstellung von Kennzahlen zu den Sportstätten. Wie bei den Schulen muss es u. E. zukünftig möglich sein, Vergleiche zwischen den Kosten für die einzelnen Sportplätze und –hallen zu ziehen. Dabei sollte zwischen der schulischen- und der Vereinsnutzung differenziert werden können. Wir wollen wissen, was uns die Förderung des Sports in Schulen und bei den Vereinen in den verschiedenen Sportstätten kostet. Uns geht es u.a. um die Vergleichbarkeit der Unterhaltungsaufwendungen, Energiekosten etc. und die Gegebenüberstellung der Nutzungsintensitäten.
- Antwort Der Wunsch, Kennzahlen zur Vergleichbarkeit der Nutzungsinten-

sitäten (Schulen/Sportvereine, aber auch Sportvereine untereinander) zu erhalten, bestand schon unmittelbar zur Gründung des ZGM.

Deshalb wurden in der Vergangenheit in den Sporthallen Bücher ausgelegt, in denen sich die Schulen und die Sportvereine mit der jeweiligen Nutzerzahl eintragen sollten. Die Erfahrungen mit diesen Büchern haben bedauerlicherweise gezeigt, dass die Hallenutzer trotz mehrfach wiederholten Aufforderungen nur sehr lückenhaft ihrer Eintragungspflicht nachkommen. Aus diesem Grund erscheint es aus Sicht des ZGM zwar wünschenswert, praktisch aber leider nicht durchführbar, die genauen Nutzerzahlen und somit verlässliche Kennzahlen festzustellen.

Im Übrigen wird auf die Angaben des ZGM zu den verschiedenen Unterhaltungsmaßnahmen und zum Energieverbrauch im vorliegenden Haushaltsplan sowie in den Berichten und im Haupt- und Finanzausschuss verwiesen, die auftragsgemäß nach und nach um geeignete Kennzahlen erweitert werden.

60 SPD

S. 191 SK 523710

Warum taucht dieses SK im Haushaltsjahr 2011 nicht mehr im Entwurf auf?

Antwort

Der Eintrag wird in der endgültigen Fassung wieder aufgenommen. Die Zeile wurde irrtümlich gelöscht. Die Kosten für die Abfallentsorgung betragen in 2010, Ansatz 42.705 € und in 2011 41.995 €

61 SPD

S. 192 Bauhof

Die Verwaltung wird gebeten zu erläutern, warum der Bauhof trotz Auslagerung auf TeBEL noch mit 56.650 € veranschlagt ist.

Antwort

Das Gebäude ist weiterhin im Eigentum der Gemeinde Lindlar. Sofern das Gebäude nunmehr verkauft werden kann, erfolgt hier zum Veränderungsnachweis eine Berichtigung.

62 SPD

S. 192 GGS Lindlar-Ost und GGS Lindlar-West

Wie begründen sich die eklatanten Unterschiede zwischen den jeweiligen Gebäudekosten der bauähnlichen GGS Lindlar-Ost (255.206 €) und der GGS Lindlar-West (133.205 €)?

Antwort

Durch das ZGM wurden Gebäudekosten in Höhe von 74.380,00 € bei der GGS Li-Ost und in Höhe von 62.450,00 € bei der GGS Li-West zum Haushalt 2011 angemeldet. Die insoweit bei der GGS Li-Ost angemeldeten Mehrkosten sind auf die etwas größere Fläche der GGS Li-Ost, sowie insbesondere auf deren größere technische Ausstattung (z.B. deutlich mehr Beleuchtungskörper, heizbare Dachrinnen etc.) zurückzuführen.

Auf Grund geringerer Zuwendungen des Landes erfolgt eine rund 18.000 € geringere ertragswirksame Auflösung der Zuwendungen. Dem gegenüber erfolgt eine um 22.000 € höhere Abschreibung bei der GGS Li-Ost. Auf Grund höherer Baukosten erfolgt darüber hinaus bei der GGS Li-Ost eine um 71.000 € höhere Belastung

an kalkulatorischen Zinsen. Weiterhin sind die Aufwendungen für Gebäudeunterhaltung bei der GGS LI-Ost rund 11.000 € höher.

63 SPD

S. 192 Gebäude- und Sportplatzeinzelkosten

Die SPD-Lindlar bittet um Erklärung der Unterschiede bei den Einzelkosten der Sportplätze in Lindlar, Frielingsdorf, Köttingen und Linde

Antwort

Durch das ZGM wurden zum Haushalt 2011 folgende Kosten für die Sportplätze angemeldet:

Sportplatz Hartegasse	insgesamt 6.400,00 €
Sportplatz Linde	insgesamt 6.750,00 €
Sportplatz Köttingen	insgesamt 5.700,00 €
Sportplatz Frielingsdorf	insgesamt 7.120,00 €
Sportplatz Lindlar (Kunstrasen)	insgesamt 10.860,00 €
Sportplatz Lindlar (Naturrasen)	insgesamt 5.660,00 €

Die Unterschiede sind durch die unterschiedlichen Beläge, Umlagen etc. bedingt. Die für den Rasenplatz Lindlar angemeldeten Beträge werden ca. zur Hälfte durch den Verein erstattet (Strom/Wasser).

Die ausgewiesenen Sportplatzkosten beinhalten die unterschiedlichen Baukosten und Bewertungen der Sportanlagen. Diese schlagen sich insbesondere in der Abschreibung und den kalkulatorischen Zinsen nieder. Des Weiteren sind die Kunstrasensportplätze Frielingsdorf und Köttingen noch nicht für 2010 und 2011 bewertet. Die Bewertung erfolgt mit Aufstellung der Bilanz für 2010.

64 SPD

S. 192 Gebäude- und Sportplatzeinzelkosten

Wie erklären sich die Differenzen zwischen den Kosten für die Umkleidegebäude der Sportplätze Frielingsdorf, Linde und Köttingen?

Antwort

Durch das ZGM wurden zum Haushalt 2011 folgende Kosten für die Umkleidegebäude angemeldet:

Umkleide Frielingsdorf	insgesamt 14.135,00 €
Umkleide Linde	insgesamt 5.330,00 €
Umkleide Köttingen	insgesamt 13.195,00 €

Die bei der Umkleide Linde geringer ausfallenden Kosten sind dadurch bedingt, dass der Verein das Umkleidegebäude selbst errichtet hat und selbst betreibt und die Gemeinde insoweit nicht alle laufenden Kosten trägt.

Die restlichen Aufwendungen bestehen aus kalkulatorischen Zinsen, Abschreibungen und Personalkosten für Gebäudereinigung, da die Gebäude der Gemeinde gehören.

65 SPD

S. 192 Gebäudeeinzelkosten Vossbruchhalle

Wie erklären sich die im Vergleich zu den anderen Sporthallen relativ hohen Gebäudeeinzelkosten der Vossbruchhalle, wie hoch ist der Anteil der angesetzten Abschreibungssumme und kann hier eine Streckung der Abschreibungsdauer zur Entspannung führen?

Antwort Die reinen Gebäudeunterhaltungskosten der Vossbruchhalle liegen in den meisten Kostenbereichen auf einem vergleichbaren Niveau wie z.B. die Lennefetalhalle, als zweite große Dreifachsporthalle der Gemeinde. Bedingt durch die schulische Nutzung der zusätzlich vorhandenen Nebenräume (Mensa im Forum, Musikräume), aber auch durch die Nutzung des Forums und der Halle (z.B. private Feiern, Kunsthandwerkermarkt etc.) für Vermietungen fallen die Kosten im Bereich Strom und Wärme allerdings höher aus. Ebenso musste die Vossbruchhalle im Vergleich mit der Lennefetalhalle als Veranstaltungsstätte mit einer deutlich umfangreicheren Gebäudetechnik, insbesondere im Bereich des Brandschutzes ausgerüstet werden, so dass hier auch höhere jährliche Wartungskosten anfallen.  
Die Abschreibung beträgt 68.044 € bei einem Abschreibungssatz von 1,72 %. Eine Streckung ist nach NKF nicht möglich.

66 Bündnis 90 Die Grünen S. 197 PG 1.11.11 5000113 Software Gebäudemanagement  
Die Software wurde in 2009 gekauft. Ist sie inzwischen im Einsatz oder wird z. Zt. noch mit Excel gearbeitet?

Antwort Die Anwendung Solardata E58 wurde Anfang 2010 installiert und wird seit dem wird die notwendige Datenübernahme durchgeführt. Da diese noch nicht abgeschlossen ist wird parallel noch mit Excel gearbeitet

67 Bündnis 90 Die Grünen S. 199 PG 1.11.11 5000142 Parkplätze ehem. Bauhof  
Sehen wir das richtig, dass für die Markierung des Schotterplatzes in 2013 € 60.000.- vorgesehen sind? Wir kann eine Markierung so teuer sein?

Antwort Es handelt sich hierbei um die Kosten der Sanierung der zwischen dem alten Bauhof und der Janusz-Korczak-Schule gelegenen, derzeit nicht ausreichend befestigten Parkplätze. Diese sollen aufgeschottert werden und Pflasterbänder zur Markierung der einzelnen Parkplätze erhalten. Eine Farbmarkierung, wie auf einem asphaltiertem Parkplatz üblich, scheidet hier aus.  
Siehe auch Ziffern 46 ff., insb. Beschlussvorschlag unter Ziffer 48

68 Bündnis 90 Die Grünen S. 200 PG 1.11.11 5000143 Parkplatz Gymnasium  
Die Notwendigkeit der Wasserführung des Parkplatzes wurde bisher nicht dem Rat mitgeteilt. Bitte erläutern! Gibt es günstige Varianten, um das ggf. vorhandene Problem zu beseitigen?

Antwort Die Verwaltung ist mit der Anmeldung dieser Haushaltsmittel einem Wunsch des Gymnasiums Lindlar nachgekommen. Es soll

hier die an der Ecke „Vossbrucher Straße/Carola-Lob-Weg“ gelegene und derzeit als Schotterparkplatz ausgebaute Parkfläche gepflastert werden. Bei einer solchen Pflasterung muss selbstverständlich auch die Wasserführung berücksichtigt werden.  
Siehe auch Ziffern 46 ff.

- 69 Bündnis 90 Die Grünen S. 200 PG 1.11.11 5000144 Neubau Verwaltungsgebäude  
Wir sind überrascht, dass dieses Thema so plötzlich aufkommt und sehen die Errichtung eines neuen Gebäudes bei der derzeitigen Haushaltslage kritisch. Der Option eines Baus wollen wir jedoch nicht im Wege stehen und beantragen, den Ansatz zu sperren. Im weiteren Prozess ist intensiv eine andere Lösung wie Miete oder PPP zu prüfen.
- FDP Die Mittel für den evtl. Neu-Anbau des Rathauses für Polizei, ARGE, Jugendamt und Übergangswohnrichtung wird bis zur Klärung der Notwendigkeit gesperrt!
- Antwort In gemeinsamen Gesprächen mit dem Verwaltungsvorstand wurden alle möglichen Mietalternativen ausführlich erörtert. Da zurzeit keine Mietalternativen gefunden werden konnten, hat die Verwaltung in Anbetracht der bestehenden Erfordernisse den An-/Neubau vorgeschlagen.  
Dem spricht grundsätzlich nichts entgegen. Der Bedarf an zusätzlichen Räumlichkeiten wird unabhängig von der Entscheidung zu einem eigenen oder interkommunalen Jugendamt aber auch schon durch den Ersatz der maroden Bausubstanz der Übergangswohnheime (inklusive der völlig unwirtschaftlichen Heizungssituation dort), sowie des Umzugsbedarfs der Gemeindewerke Wasser und Abwasser in arbeitsplatzgerechte Büroräume begründet. Ebenso besteht ein akuter weiterer Platzbedarf bei der ARGE.  
Siehe auch Ziffer 57.
- Beschlussvorschlag:**  
Der Haushaltsansatz wird gesperrt.
- 70 SPD S. 210 413200 Landeszuschuss DSL  
Welche Maßnahme ist in 2011 mit diesen Geldern geplant und woher werden die Gelder erwartet?
- Antwort Es wurde mit dem höchst möglichen Zuschuss aus dem GAK-Programm gerechnet (180T€ für Leerrohrverlegung bzw. für einen Investitionskostenzuschuss zuzüglich 45 T€ für das Beraterhonorar). Ein konkreter Beschluss, in welcher Ortschaft als nächstes die Breitbandversorgung ausgebaut werden soll, liegt noch nicht vor.
- 71 Bündnis 90 Die Grünen S. 221 ff. PG 1.12.03 Verkehrsangelegenheiten  
Die Kosten des Bereichs steigen enorm, ebenso die Mitarbeiteranzahl. Wieso?

- Antwort Ein langzeiterkrankter Mitarbeiter wurde aus gesundheitlichen Gründen nach Genesung umgesetzt (vgl. hierzu HFA vom 31.08.2010 TOP 14).  
Siehe auch Ziffer 72.
- 72 SPD S. 221-224 452110, 452130 Verkehrsangelegenheiten  
Wir bitten die Verwaltung um Erklärung, wie es zu einer Verringerung der Buß- und Verwarngelder bzw. zu einer Stagnation der Kennzahlen in diesem Bereich bei gleichzeitigem Anstieg der Personalkosten kommen kann!
- Antwort Die Ansätze Verwarn- und Bußgelder basieren auf dem Ergebnis 2010. Insbesondere aufgrund verschiedener Straßenbauarbeiten im Ortskern und des außergewöhnlich langen und strengen Winters (keine Parkmöglichkeiten auf den Straßen bzw. nicht erkennbare Parkmarkierungen) war die Anzahl der erteilten gebührenpflichtigen Verwarnungen in diesem Zeitraum rückläufig.  
Zum Zeitpunkt der Mittelanforderung war die Übernahme eines vollzeitbeschäftigten Mitarbeiters aus dem Bereich Hallenbad noch nicht bekannt. Aufgrund seiner künftigen Tätigkeit (1/2 Überwachung ruhender Verkehr und 1/2 allgemeine Ordnungskontrollen) im FB „Sicherheit und Ordnung“ ist mit einem Anstieg der Einnahmen in diesem Bereich zu rechnen.  
Siehe auch Ziffer 71.
- 73 SPD S. 237 ff Wahlen und Statistiken  
Für welche Aufgabenstellungen werden die Kosten im Bereich Wahlen und Statistiken veranschlagt?
- Antwort Die dort veranschlagten Kosten sind anteilige Personalkosten (innere Verrechnung) die auch dann zum Ansatz kommen, wenn keine Wahlen stattfinden.
- 74 SPD S. 263 Ergebnis 2009  
Die SPD-Fraktion macht auf das Fehlen der statistischen Kennzahlen im Ergebnis 2009 aufmerksam.
- Antwort Für 2009 wurden keine statistischen Kennzahlen gebildet. Soweit wird auch die Antwort zu Frage 23 verwiesen.
- 75 SPD S. 264 ff. Alle Schulen  
Die Ausgaben für Miete von Betriebs- und Geschäftsausstattungen, Telefon/Faxkosten haben sich bei einigen Schulen verbessert, bei anderen ist die Entwicklung weniger positiv. (siehe Anlage 1+2) Wieso ist die Kostenentwicklung so unterschiedlich? Kann man einige Verträge ändern bzw. kündigen?
- Antwort Die Anmietung der Kopierer in den Schulen wurde zum 01.02.2010 neu ausgeschrieben. Der Mietvertrag wurde den Bedürfnissen und den Kopiervolumen der Schulen angepasst (das

Gymnasium hat für den Oberstufentrakt einen zusätzlichen Kopierer erhalten. Den Schulen stehen die Kopierer inklusiv 500 Kopien pro Schüler zu Festpreisen zur Verfügung. Darüber hinausgehende Kopien müssen von den Schulen separat abgerechnet werden. Durch die Neuausschreibung wurden die Kosten für alle Schulen um 5.450 € gesenkt.

Die Kosten für die Miete der Telefonanlage in der GHS entfallen, da die Anlage im November 2009 nach Ablauf der Mietzeit gekauft wurde.

Die Gesamtaufwendungen pro Schüler sind sehr unterschiedlich, da die Kosten für Gebäudeunterhaltung als Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen komplett eingerechnet wurden.

- 76 SPD S. 306 Förderschule  
Bekommen wir für Schüler/innen aus Nachbargemeinden, die die Lindlarer Förderschule besuchen Ausgleichszahlungen und wenn ja, wo werden diese verbucht?
- Antwort Die Janusz-Korczak-Förderschule wird heute von 16 Kindern aus Nachbargemeinden besucht. Ausgleichszahlungen werden nicht geleistet. Die Schülerzahl wird allerdings bei der Schlüsselzuweisung angesetzt.
- 77 SPD S. 343 Stat. Kennzahlen Gymnasium  
Warum machen sich die 161 Schüler weniger bis 2014 nicht bei der Anzahl der Klassen bemerkbar?
- Antwort Es wird eine korrigierte Klassenzahlberechnung vorgelegt, die erst nach dem Anmeldeverfahren für die Grundschulen mit tatsächlichen Zahlen erstellt werden kann. Im Gymnasium verändern sich die Klassenzahlen durch den G8 Abiturjahrgang, der ab 2010 schon in der Klasse 10 als Oberstufe gilt.
- 78 SPD S. 343 Stat. Kennzahlen Gymnasium  
Wir bitten zukünftig die Oberstufenschüler, die nicht in Klassen beschult werden als Kennzahlen separat auszuweisen
- Antwort Zum endgültigen Haushaltsplan werden die Schüler ausgewiesen.
- 79 Bündnis 90 Die Grünen S. 349 PG 1.25.01 Kommunale Veranstaltungen  
Warum steigen die Personalkosten so enorm?
- Antwort Eine Mitarbeiterin aus der Bücherei wurde umgesetzt und verstärkt nun zusätzlich den Bereich, da hier auch Bedarf an zusätzlichem Personal bestand (vgl. hierzu HFA vom 16.03.2010 TOP 14)
- 80 Bündnis 90 Die Grünen S. 356 PG 1.25.02 Förderung kulturtragender Vereine  
Die Anzahl der Beschäftigten steigt. Warum? Warum bleiben aber die Personalkosten konstant?

- Antwort Eine Mitarbeiterin aus der Bücherei wurde umgesetzt und verstärkt nun zusätzlich den Bereich, da hier auch Bedarf an zusätzlichem Personal bestand (vgl. hierzu HFA vom 16.03.2010 TOP 14). Die Personalkosten werden auf einzelne Produkte verteilt. Siehe auch Ziffer 79.
- 81 SPD S. 359 Kreisvolkshochschule  
Was hat sich bei der internen Leistungsverrechnung bei der KVHS verändert? Wir bitten um Begründung der Kostensenkung
- Antwort Die Abrechnung (Miete) der KVHS mit dem ZGM der Gemeinde Lindlar erfolgt direkt über das Produkt ZGM 1.11.11 über Mieteinnahmen. In der internen Leistungsverrechnung sind die in Anspruch genommenen Räume enthalten. Die Nutzung der GGS Li-Ost ist weggefallen.
- 82 Bündnis 90 Die Grünen S. 359 PG 1.25.03 Kreisvolkshochschule  
Warum sinken die Aufwendungen für die KVHS um gut € 20.000.- (ca. 80%)?
- Antwort siehe Ziffer 81
- 83 Bündnis 90 Die Grünen S. 366 PG 1.25.05 Bibliothek  
Es sind für 2011 keine Personalkosten angesetzt, d.h. die Bibliothek soll komplett von Ehrenamtlichen betrieben werden. Ist das realistisch? Wenn diese fleißigen Menschen der Allgemeinheit rund € 55.000.- sparen, beantragen wir die Position „ 549300 Anschaffung von Büchern und Medien“ um € 5.000.- zu erhöhen und € 3.000.- für Maßnahmen der Mitarbeitermotivation usw. wie Ausflüge u. ä. zur Verfügung zu stellen. Damit würden wir einerseits unsere Wertschätzung ausdrücken und andererseits würden die Ehrenamtlichen sehen, dass ihr Engagement nicht nur die Bibliothek erhält sondern auch das Angebot verbessert.
- Antwort Zunächst wird festgestellt, dass die Ehrenamtlichen ein großartiges Engagement zeigen und sogar die Öffnungszeiten erweitert haben. Dieses verdient unsere große Anerkennung. Eine Anerkennung durch Prämien oder ähnliches ist jedoch nicht vorgesehen. Auch andere Ehrenamtliche sind z. B. im Bücherwurm, in Schul- und Pfarrbüchereien tätig und erhalten keine Prämien oder ähnliche Anreize.
- 84 SPD S. 372 Archiv, Zeile 11 Personalaufwendungen, Zeile 27 ILV  
Wie kommt es zu dem Anstieg der Personalaufwendungen und woher kommen die Erträge aus internen Leistungsbeziehungen i. H. v. 48.617 Euro?

- Antwort Eine Mitarbeiterin aus der Bücherei wurde umgesetzt und verstärkt nun zusätzlich den Bereich, da hier auch Bedarf an zusätzlichem Personal bestand (vgl. hierzu HFA vom 16.03.2010 TOP 14). Die Kostenverteilung der internen Leistungsbeziehung erfolgt pro Mitarbeiterkopf.
- 85 Bündnis 90 Die Grünen S. 374 PG 1.25.06 Archiv  
Die Ausgaben für das Archiv steigen enorm. Warum? Ist das notwendig?
- Antwort Eine Mitarbeiterin aus der Bücherei wurde umgesetzt und verstärkt nun zusätzlich den Bereich, da hier auch Bedarf an zusätzlichem Personal bestand (vgl. hierzu HFA vom 16.03.2010 TOP 14). Die Archivberatungsstelle hat im Jahr 2009 im Archiventwicklungsplan für die Gemeinde Lindlar empfohlen, mindestens eine halbe Stelle vorzuhalten.  
Siehe auch Ziffer 79 und 80.
- 86 Bündnis 90 Die Grünen S. 396 PG 1.31.04 Hilfe nach Asylbewerberleistungsgesetz  
Warum sinken die Kostenerstattungen von € 60.000.- auf € 45.000.- in 2011?
- Antwort Entsprechend dem ausländerrechtlichen Status können nicht alle Asylbewerber mit dem Land abgerechnet werden.
- 87 Bündnis 90 Die Grünen S. 434 PG 1.42.01 Kommunale Sportförderung  
Warum steigen die Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen so enorm?
- Antwort Die Aufwendungen der inneren Leistungsverrechnung für die Kommunale Sportförderung steigen, da die Kosten des zu verrechnenden Personalmanagement steigen. Für 2011 wurden die Fixkosten (Personalkosten) des ZGM bei den Gebäuden (hier: Turnhallen etc.) neu errechnet. Des Weiteren sind in der inneren Leistungsverrechnung die Kosten für die Auszubildenden in Höhe von rund 57.000 € hier irrtümlich verrechnet worden. Zum endgültigen Haushaltsplan werden die Kosten im Produkt 1.11.04 Personalverwaltung abgebildet.
- 88 Bündnis 90 Die Grünen S. 442 PG 1.42.02 Förderung der Sportvereine  
Warum steigen die Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen so enorm?
- Antwort siehe Ziffer 87
- 89 SPD S. 443 Statistische Kennzahlen  
Die SPD-Fraktion **beantragt** die Kennzahlen dahingehend zu modifizieren, dass künftig die Belegungsstunden pro Halle und die Anzahl der Sportler ersichtlich werden (siehe 1.11)

- Antwort In der Vergangenheit wurden bereits in den Sporthallen Bücher ausgelegt, in denen sich die Schulen und die Sportvereine mit der jeweiligen Nutzerzahl eintragen sollten. Die Erfahrungen mit diesen Büchern haben bedauerlicherweise gezeigt, dass die Hallenutzer trotz wiederholter Aufforderungen nur sehr lückenhaft ihrer Eintragungspflicht nachkommen. Aus diesem Grund erscheint es aus Sicht des ZGM zwar wünschenswert, praktisch aber leider nicht durchführbar die genauen Nutzerzahlen festzustellen.
- 90 SPD S. 445 Zeile 11 Personalaufwendungen  
Ist für 2014 die Neueinstellung einer/eines Planerin/Planers geplant, da zwischen 2013 und 2014 ein Anstieg der Personalkosten zu verzeichnen ist?
- Antwort Einem Beamten wurde Altersteilzeit bewilligt (vgl. hierzu HFA vom 07.07.2010 TOP 16). Die Rückstellung wird in 2013 aufgelöst. Eine Nachbesetzung der Stelle ist nicht vorgesehen. Das Planungsjahr 2014 wird korrigiert, da hier irrtümlicherweise eine falsche Grundlage herangezogen wurde. Vielen Dank für den Hinweis.
- 91 Bündnis 90 Die Grünen S. 449 PG 1.51.01 Räumliche Planung  
Warum sinken die Aufwendungen aus int. Leistungsbeziehungen so enorm?
- Antwort Die Aufwendungen der ILV in der Räumlichen Planung sinken, da die Planstellen reduziert wurden.
- 92 SPD S. 455 Zeile 11 Personalaufwendungen  
Warum sinken die Personalaufwendungen in 2011, obwohl die Stelle von Herrn Müller bereits wieder ausgeschrieben wurde?
- Antwort Die Personalaufwendungen sinken, da eine Stelle einer ausgeschiedenen Mitarbeiterin nicht nachbesetzt werden soll (vgl. hierzu HFA vom 18.03.2010 TOP 14).
- 93 SPD S. 459 Zeile 11 Personalaufwendungen  
Die Personalkosten sinken in 2011 um 28.810€ - Begründung?
- Antwort Die Personalaufwendungen sinken, da eine Stelle einer ausgeschiedenen Mitarbeiterin nicht nachbesetzt wird (vgl. hierzu HFA vom 18.03.2010 TOP 14).
- 94 SPD S. 471 PG 1.53.01 Wasser-, Strom- und Gasversorgung  
Die SPD-Lindlar **beantragt** die Erstellung eines umfassenden Energiekonzeptes und fragt hiermit an, welche Klimaziele die Gemeinde Lindlar für die Zukunft hat (Verringerung CO2-Bilanz, neue Konzessionsverträge, Blockheizkraftwerk etc.).
- Antwort Für den Teilbereich des ZGM kann gesagt werden, dass dieses bereits seit Jahren bemüht ist, den Energieverbrauch für die ge-

meindlichen Gebäude durch energiesparende Maßnahmen, sowie die Änderung des Nutzerverhaltens zu senken. Diesbezüglich wird z.B. auch auf die letzten energieeinsparenden Maßnahmen im Rahmen des Konjunkturpaketes II hingewiesen. Selbstverständlich werden diese Bemühungen auch in der Zukunft fortgesetzt. Sobald die beschlossenen und abgeschlossenen Verträge bezüglich der Energieversorgung an den Schulen, am Rathaus und im Hallenbad auslaufen, wird die Verwaltung Vorschläge für Alternative Energieversorgungen wie Blockheizkraftwerk, Holzhackschnitzelanlage usw. unterbreiten.

- 95 Bündnis 90  
Die Grünen S. 473 PG 1.53.01 Strom- und Gasversorgung  
Warum sinkt die Konzessionsabgabe Strom?  
Warum steigt die Konzessionsabgabe Gas?
- Antwort Der Stromverbrauch in der Gemeinde Lindlar hat sich gegenüber 2008 mit 47,8 Mio. kwh gegenüber 2009 auf 46,5 Mio. kwh reduziert. Die Sondervertragskunden haben sich von 83,7 Mio. kwh auf 75,6 Mio. kwh reduziert. Aus dem Grunde wurde für 2011 der Haushaltsansatz auf 700.000 € abgesenkt.  
Aufgrund einer Veränderung der Sondervertragskunden beim Gas in Tarifikunden erhält die Gemeinde Lindlar mehr Konzessionsabgabe. Aus diesem Grunde wurden in 2011 100.000 € gegenüber 2010 42.000 € veranschlagt.
- 96 SPD S. 483 Zeile 11 Personalaufwendungen  
Woraus resultieren die Personalmehrkosten i. H. v. 45.447€?
- Antwort Die Personalmehrkosten resultieren zum einen aufgrund der tariflichen Erhöhungen und zum anderen aufgrund der befristeten Einstellung eines Mitarbeiters (vgl. hierzu HFA vom 31.08.2010 TOP 14 und Betriebsausschuss Wasser/Abwasser vom 09.06.2010 TOP 10).
- 97 Bündnis 90  
Die Grünen S. 483 PG 1.53.03 Dienstleistungen für Eigenbetriebe  
Das Ergebnis hat wird sich gegenüber 2010 sehr verschlechtern, u. a. weil die Aufwendungen für int. Leistungsbeziehungen stark steigen. Wie kommt das?
- Antwort Die MitarbeiterInnen wurden versehentlich bei den statistischen Kennzahlen berücksichtigt, obwohl diese im Wirtschaftsplan des Gemeindewerkes berücksichtigt sind. Diese werden hier entsprechend gelöscht, so dass die Aufwendungen aus internen Leistungsbeziehungen wieder sinken werden.
- 98 SPD S. 484 Stellenplanauszug  
Für die Vorjahre existieren keine Personalkennzahlen und machen somit einen Vergleich unmöglich.
- Antwort Vielen Dank für den Hinweis. Der Stellenplanauszug wurde irrtümlich hier aufgeführt. Ein solcher darf hier nicht erfolgen, da die Mit-

arbeiter im Wirtschaftsplan geführt werden.

- 99 SPD S. 488 ff Baukosten Kreisel in Frielingsdorf  
Unter welcher Position wurde die Errichtung des Kreisverkehrs in Frielingsdorf (Ente) haushaltsmäßig verbucht (auch die Einnahmen aus den Privatfinanzierungen – Einnahmen und Ausgaben)?
- Antwort Der Bau des Kreisverkehrsplatzes in Frielingsdorf wurde in 2010 vom Gemeinderat beschlossen. Hier wurden außerplanmäßige Ausgaben bereitgestellt, die daher im Haushaltsplan 2010 oder 2011 nicht aufgeführt sind. Die Baukosten und die Privatfinanzierungen erscheinen erst bei der Abrechnung des Kreisverkehrsplatzes im Jahre 2011 in der Bilanz.
- 100 FDP S. 491  
Sind bei der Abwasserbeseitigung die Fremdfächen-Einnahmen berücksichtigt? Wo?
- Antwort Ja.  
Bei der Niederschlagswassergebühr; auch für die Ableitung von Niederschlagswasser in die gemeindliche Kanalisation von Land- und Kreisstraßen, handelt es sich um eine Kanalbenutzungsgebühr. Die Einnahmen hierfür sind im Wirtschaftsplan des Gemeindegewerkes Wasser und Abwasser, Sparte Abwasserbeseitigung, als Umsatzerlöse Niederschlagswassergebühr veranschlagt.
- 101 Bündnis 90 Die Grünen S. 500 PG 1.54.01 5000135 Anbindung Ortskern Frielingsdorf € 50.000.- für die Umgestaltung der Jan-Wellem-Str. als Einbahnstr. Sind diese Kosten dann auf die Anwohner umzulegen? Wenn ja, wo finden sich diese Beiträge im Haushalt?
- Antwort Die Verwaltung hat für ggfs. erforderliche gestalterische Maßnahmen im Zuge der Ausweisung als Einbahnstraße rein vorsorglich 20.000,-- € für 2010 und 30.000,-- € für 2011 in Ansatz gebracht. Da es sich hierbei nicht um wertverbessernde Straßenausbaukosten handelt, sind diese auch nicht im Rahmen von Straßenanliegerbeiträgen im Sinne von § 8 KAG NRW auf die Anlieger umlagfähig.
- 102 FDP S. 514 Winterdienst  
Wie kommt es zu 2.400 Std. in 2010 und zu 6.300 Std. in 2011?
- Antwort Es handelt sich hierbei bedauerlicher Weise um einen Schreibfehler. Wie auch in den kommenden Jahren werden für das Haushaltsjahr 2011 durchschnittliche Winterdienststunden in Höhe von rd. 2.600 Std. angenommen. Nur in 2010 wurden 6.300 Std. geleistet.

- 103 SPD S. 544 ff Tourismus  
Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, wie nach der Veränderung des §107 GO NW der Bereich Tourismus in die BGW überführt werden kann.
- Antwort Sobald der § 107 GO von der Landesregierung geändert wird, voraussichtlicher Landtagsbeschluss Dezember 2010, wird die Verwaltung den Gesellschaftervertrag der BGW überarbeiten und den Tourismus mit aufnehmen.
- 104 Bündnis 90 Die Grünen S. 545 PG 1.57 Tourismus  
Warum sinken die Personalaufwendungen bzw. wird Personal abgebaut?  
Warum steigen die Aufwendungen für int. Leistungsbeziehungen?
- Antwort Die zurechenbaren Planstellen wurden von 2,15 auf 1,74 reduziert. Die innere Leistungsverrechnung erfolgt nach Maßgabe der Planstellen. entsprechend sinkt (!) der Aufwand aus der internen Leistungsverrechnung.

### **Anträge**

- 105 CDU Die Grundschulstandorte wollen wir sichern. Dazu brauchen wir eine ehrliche Bedarfsanalyse für Schulraum. Bei einer evtl. erforderlichen Anpassung sind wir zu innovativen Lösungen bereit.
- Antwort Hierzu wird auf die Beratungen im Ausschuss Schule, Sport. Kultur am 30.11.2010 verweisen.
- Beschlussvorschlag:**  
Die Entwicklungen des Raumbedarfs angesichts sinkender Schülerzahlen und veränderlicher pädagogischer Erfordernisse werden weiter beobachtet und mit den Schulleitungen ggfs. nötige oder sinnvolle Anpassungsmaßnahmen vorgeschlagen.
- 106 CDU Der weitere Ausbau der OGS entspricht unseren bisherigen Entscheidungen und findet weiterhin unsere Unterstützung.
- Antwort Zur Kenntnis genommen.
- 107 CDU Der Haushaltsansatz von 7.000 Euro für die Erstellung eines Schulentwicklungsplans durch Externe soll gestrichen werden. Der Schulentwicklungsplan kann mit eigenen Kräften erstellt werden. Der eingesparte Betrag soll für die Jugendarbeit verwendet werden.
- Antwort **Beschlussvorschlag:**  
Der Haushaltsansatz wird im Veränderungsnachweis abgesetzt.

- 108 CDU Die schnelle Erschließung der größeren Orte mit Breitband spätestens innerhalb von drei Jahren hat für uns einen hohen Stellenwert. Deshalb beantragen wir, ggf. den Breitbandausbau zu Lasten der Straßensanierung vorzuziehen. Die Straßensanierung kann dann in den Folgejahren nachgeholt werden.
- Antwort Wenn der Antrag darauf abzielt, den Breitbandausbau auch ohne Zuschüsse Dritter zu finanzieren, dann nehmen wir uns u.U. die Chance von der Breitbandinitiative der Bundesregierung zu profitieren, welche bis 2015 eine flächendeckende Breitbandversorgung gewährleisten will. Bei der (zügigen) Ausbauplan ist auf eine maximale Nutzung von Fördermitteln zu achten  
Gleichzeitig verschlechtern sich aber unsere Straßen, so dass eine verspätete Sanierung unverhältnismäßig teuer wird.
- Beschlussvorschlag:**  
Dem Antrag der CDU-Fraktion, den DSL-Ausbau durch Umschichtung der Haushaltsmittel für die Straßensanierung zu finanzieren, wird nicht zugestimmt.
- 109 CDU Die günstigste Trassenführung soll mit der Telecom oder anderen Betreibern festgestellt werden.
- Antwort Dies ist ein wesentlicher Bestandteil der Vertragsverhandlungen.
- 110 CDU Wie bei der Klausel sollen möglichst alle Versorgungsunternehmen „ins Boot“ geholt werden.
- Antwort Die Verwaltung achtet darauf.
- 110 CDU Es soll weiterhin geprüft werden, ob ein eigenes Jugendamt (gemeinsam mit Engelskirchen) eingerichtet werden kann.
- Antwort Die Verwaltung prüft hier wie gehabt und informiert hier laufend (vgl. hierzu Sozialausschuss für Familie, Jugend, Senioren und Integration vom 25.11.2010, Tischvorlage zu TOP 7)
- 111 CDU Wenn das eigene Jugendamt (noch) nicht eingerichtet werden kann, muss das Kreisjugendamt in der Wahrnehmung vor Ort deutlicher sichtbar werden. Ein Ansprechpartner für Jugendliche (Streetworker) muss vor Ort eingesetzt werden. Wann wird der seit langem vom Kreis angekündigte Streetworker in Zusammenarbeit mit den vor Ort bereits Tätigen ausgewählt und eingesetzt?
- Antwort Das Kreisjugendamt hat nun zugesagt, kurzfristig einen Streetworker für Engelskirchen und Lindlar einzusetzen. Weitere Gespräche werden hierzu im Dezember 2010 geführt. Die Verwaltung wird hierzu berichten.
- 112 CDU Die Familienberatungsstelle (Herbstmühle) wird weiter bezuschusst.

- Antwort Im Haushalt 2011 sind wie in den Vorjahren Mittel zur Bezuschussung der Familienberatungsstelle (Herbstmühle) veranschlagt.
- 113 CDU Die hervorragende Arbeit von Horizont soll weiter unterstützt werden. Wir sind u.a. bereit, das Defizit bis zu 10.000 Euro p.a. aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen.
- Antwort Hierzu wird auf die Beratungen und den Beschlussvorschlag des Sozialausschusses in seiner Sitzung vom 25.11.2010 verwiesen. Danach soll eine Abdeckung des für 2010 erwarteten Verlustes von bis zu 10.000 € erfolgen. Die geleistete Arbeit ist gut und wichtig. Es handelt sich um offene Jugendarbeit und nicht um verbandseigene Jugendarbeit.
- 114 CDU Aus den für die Erstellung des Schulentwicklungsplans eingesparten Mitteln werden 3000 Euro dem Runden Tisch für Jugendarbeit für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt.
- Antwort **Beschlussvorschlag:**  
Der Ansatz in Höhe von 7.000 € für die Erstellung eines Schulentwicklungsplanes im Produkt 1.21.01 wird gestrichen.
- Beschlussvorschlag:**  
Für 2011 werden zusätzlich 3.000 € für weitere Veranstaltungen im Haushaltsplan veranschlagt. Die Einsparung erfolgt bei der Pos.: Erstellung eines Schulentwicklungsplanes im Produkt 1.21.01.
- 115 CDU Die aufsuchende Familienhilfe (Horizont, Frau Arcuria) soll ausgeweitet werden. Dafür sollen 2000 Euro zusätzlich bereit gestellt werden.
- Antwort **Beschlussvorschlag:**  
Der Zuschuss zur aufsuchenden Familienhilfe (Horizont, Frau Arcuria) wird für 2011 um 2.000 € aufgestockt. Die Einsparung erfolgt bei der Pos.: Erstellung eines Schulentwicklungsplanes im Produkt 1.21.01.
- 116 CDU Die Jugendförderung bei den Vereinen mit Jugendarbeit wird um 2.000 Euro und damit um ca. 1/3 aufgestockt. Die Förderbeträge sollen entsprechen angehoben werden.
- Antwort **Beschlussvorschlag:**  
Zur Jugendförderung in den Vereinen werden die Förderbeträge um insgesamt bis zu 2000 € aufgestockt. Die Förderrichtlinien sind entsprechend anzupassen und den Vereinen zur Kenntnis zu bringen. Die Einsparung erfolgt bei der Pos.: Erstellung eines Schulentwicklungsplanes im Produkt 1.21.01.

- 117 Bündnis 90  
Die Grünen
- Es werden € 14.000.- für die Erstellung eines „Integrierten Klimaschutzkonzeptes für die Gemeinde Lindlar“ gem. der BMU-Klimaschutz-Initiative mit den Schritten „1. Energie- CO2-Bilanz“, „2. Potentialanalyse“, „3. Akteursbeteiligung“, „4. Maßnahmenkatalog“, 5. Controlling“ und „6. Konzept für Öffentlichkeitsarbeit“ im Haushalt 2011 zur Verfügung gestellt.
- Antwort            Stellungnahme und **Beschlussvorschlag** werden nachgereicht.

---

Volker Nosek  
Fachleiter

---

Werner Hütt  
Gemeindekämmerer

---

Dr. Hermann-Josef Tebroke  
Bürgermeister